

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 9

Artikel: Dokument : Memorandum für eine gerechte, ökologische und friedliche Gesellschaft
Autor: Internationale Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS)
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144419>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Memorandum für eine gerechte, ökologische und friedliche Gesellschaft

Im Rahmen des Kongresses der Internationalen Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS), der vom 15. – 17. August 2003 in Luzern stattfand, befasste sich ein Seminar unter dem Titel «Wer ist unser Gott?» mit den Grundlagen des Religiösen Sozialismus. Aufgrund dieses Gottesverständnisses und einer Analyse unserer Gegenwartsprobleme wurden Perspektiven einer global solidarischen, gerechten, umweltfreundlichen und friedlichen Gesellschaft entwickelt.

Vision einer Gesellschaft, in der alle Platz haben

1. Für den Religiösen Sozialismus ist die Vision einer Welt und Gesellschaft wegleitend, in der alle Platz haben und ein Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung verheissen ist. Einer solchen Vision widerspricht eindeutig die Situation unserer weltweiten Gesellschaft. Sie ergibt ein lebensfeindliches Bild angesichts der Tatsachen, dass täglich auf unserem Planeten mehr als 100 000 Menschen an Hunger oder an dessen unmittelbaren Folgen sterben, der Graben zwischen reich und arm immer breiter wird, rund eine Milliarde Menschen arbeitslos sind, die natürliche Umwelt ernsthaft bedroht ist und jeden Tag etwa drei Milliarden Franken für Armeen und Rüstung verschwendet werden. Diese Lebensfeindlichkeit ist unvereinbar mit dem verheissenen Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde.

2. Ursache dieser Fehlentwicklung ist vor allem ein kapitalistisches System, das den Profit und die Kapitalvermehrung statt den Menschen ins Zentrum stellt. Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten widersetzen wir uns daher der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung mit ihrem Marktfundamentalismus und der Verabsolutierung des Privateigentums. Diese Globalisierung ist kein Zukunftsmodell. Statt zu Problem-

lösungen beizutragen, hat sie die soziale und ökologische Fehlentwicklung verschärft. Sie hat aus dem Marktsystem einen Götzen gemacht, der nicht mehr hinterfragt wird, einen Moloch, der absolut und gesetzmässig durch sog. «Sachzwänge» seine Opfer fordert.

Zeit für ein neues Wirtschaften und eine neue Weltwirtschaftsordnung

3. Die Zeit ist reif für ein neues Wirtschaften, das sozialen und ökologischen Kriterien entspricht und dem Faktor Arbeit eine zentrale Rolle in der Produktion einräumt. Das Kapital muss dienen statt herrschen. Der wirtschaftliche Erfolg ist gemäss einem bereits entwickelten Indikatorensystem ganzheitlich zu beurteilen, d.h. nicht nur nach monetärem Wachstum, sondern auch nach sozialem und ökologischem Nutzen unter Einbezug demokratischer Partizipation der Betroffenen.

Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten fordern wir:

– Eine neue Weltwirtschaftsordnung: Priorität sollen die Grundbedürfnisse der Menschen haben. Abzurücken ist vom neoliberalen Dogma, dass der Freihandel zumindest längerfristig allen Menschen nütze, auch den Armen. Alle Völker müssen die Möglichkeit haben, ihre eigene Vorstellung von Entwicklung zu realisieren. Die zurzeit wichtigsten Pfeiler der Weltwirtschaftsordnung – Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandels-Organisation (WTO) – sind zu demokratisieren und haben ihre Politik zu reformieren.

Als Sofortmassnahmen drängen sich vor allem auf: die Preisgabe der ganze Völker ins Elend stürzenden Struktur- anpassungspolitik seitens des IWF und der Weltbank; die WTO hat die Liberalisierung «um jeden Preis» sowie ihre Privatisierungspolitik sogar im Bereich des «Service public» (z.B. Wasserversorgung) aufzugeben; arme Länder müssen Zugang zu kostengünstigen Medikamen-

ten zur Behandlung von Aids und andern Krankheiten haben.

– Zählung und angemessene Besteuerung des Finanzkapitals: Finanzkrisen sind durch geeignete Massnahmen wie Kapitalverkehrskontrollen zu verhindern. Zu besteuern sind Devisentransaktionen (Tobin-Steuer), Börsenumsatz und Spekulationsgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren. Offshore-Finanzzentren (Orte für Geld-Wäscher, Drogen- und Waffenhändler, Steuerflüchtlinge) sowie Steuerparadiese sollen aufgehoben werden. Transnationale Konzerne sind auf universell einheitlicher Grundlage zu besteuern, damit unlautere Schiebereien aufhören.

– Schluss der modernen Schuldklaverei: Schulden sind zu erlassen, sofern sie illegitim und in gewissen Fällen sogar illegal zustande gekommen sind. Insolvenzregeln sollen auch für überschuldete Staaten eingeführt werden, damit sie wie Firmen Konkurs anmelden können, um sich von unzumutbarem Schuldendruck zu befreien.

Gemeinwohl als Richtschnur der Politik

4. In der Politik muss das Gemeinwohl zentraler Richtwert sein, und dies sowohl auf lokaler, nationaler, regionaler und Weltebene. Eigenverantwortung und Eigeninitiative ist möglichst viel Raum zu geben, sofern dies mit der Solidarität im Einklang steht.

Die Politik hat gegenüber der Wirtschaft Vorrang. Prioritär zu lösende Probleme sind: Kampf gegen Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit, mehr Gerechtigkeit und Schutz der natürlichen Umwelt, Schaffung einer Weltfriedensordnung, Demokratisierung auch in der Wirtschaft, Beseitigung von Diskriminierungen jeder Art.

Die Umwelt, die unsere Lebensgrundlage ist, muss einen weit höheren Stellenwert erhalten. Insbesondere darf das für den Klimawandel wichtige Kyoto-Protokoll aus dem Jahre 1997,

wonach der Ausstoss von Treibhausgasen einzuschränken ist, kein Papiertiger werden, sondern ist voll umzusetzen. Grosse Bedeutung kommt dem biologischen Landbau zu.

Mittelfristig ist eine Weltfriedensordnung zu verwirklichen, die mit einem durchsetzbaren Machtmonopol einer voll demokratisierten und unabhängigen UNO ausgestattet ist. Dies könnte die Abschaffung der Armeen, auch des Sonderbündnisses NATO ermöglichen und würde immense Mittel freilegen zum Aufbau einer menschlicheren Welt.

Eine andere Welt ist möglich

5. Im kulturell/religiös/ideologischen Bereich ist grundlegend für einen radikalen gesellschaftspolitischen Wandel, dass sich möglichst breite Volksschichten der eklatanten Widersprüche in unserer weltweiten Gesellschaft bewusst werden. Dies setzt viel Aufklärungsarbeit voraus.

Steuerwettbewerb könnte man nur dann gutheissen, wenn es um einen fairen Leistungswettbewerb ginge, wenn also einzig die bessere Leistung zählte. Die Schweiz erbringt aber als Profiteurin der Steuerhinterziehung keine Leistung. Sie profitiert einzig davon, dass das Bankgeheimnis für Steuerhinterzieher attraktiv ist.

Peter Ulrich, Das Bankgeheimnis – eine Identitätsfrage,
in: BaZ, 2.11.02.

6. Nur eine Vernetzung der oppositionellen Kräfte – lokal, regional, national und über die Kontinente hinweg –, Widerstand gegen lebensfeindliche Massnahmen und Praktiken und ein gewaltloser Aufstand der Zivilgesellschaft schaffen den nötigen Druck, um den Kapitalismus, der auch den Keim des Faschismus in sich trägt, zu überwinden.

7. Die ILRS und ihre angeschlossenen Vereinigungen verpflichten sich, für die erwähnten Ziele einzustehen, sich mit andern Organisationen und Bewegungen zu vernetzen und an geeigneten Stellen zu intervenieren. Die ILRS unterstützt den Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen zu einer verbindlichen Konsultation bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Naturzerstörung.

8. Als einzelne religiöse Sozialistinnen und Sozialisten engagieren wir uns in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, sozialen und andern Bewegungen (NGOs) für eine menschen- und umweltgerechte Gesellschaft. Soweit sinnvoll, ergreifen wir vernetzt auch im örtlich-regionalen Bereich Initiativen. Unser Engagement soll auch zum Ausdruck kommen in einem einfachen Lebensstil, in sozial-, umwelt- und energiegerechtem Verhalten (z.B. durch Beteiligung an Boykotten und Demonstrationen, bei der Entsorgung von Abfällen, beim Einkaufen von Produkten des fairen Handels und nicht genmanipulierter Waren oder sogar beim Verzicht auf ein Auto, sofern ein solches aus beruflichen oder andern Gründen nicht unbedingt benötigt wird). Vor allem manifestiert sich unsere Haltung in der Offenheit und Liebe zum konkreten Menschen und zur ganzen Schöpfung.

Wir schliessen uns dem Ruf aus Porto Alegre an: Eine andere Welt ist möglich!

●

(Entgegengenommen vom ILRS-Kongress am 17. August 2003 mit dem Auftrag, die Thematik weiterzubearbeiten)